

der Botschaft von der Barmherzigkeit nur billige Gnade und in der Berufung auf das Gewissen nur die Lizenz zur Sünde sehen. Doch was wäre die Alternative? Das Zudecken der Kluft zwischen Lehre und Leben hat doch gerade zu der Glaubwürdigkeitskrise geführt, aus der Franziskus herausführen soll.

Ein echter Ausweg dürfte nur gefunden werden, wenn zwischen beiden eine neue Synthese entsteht. Eine Lehre muss sich vor der Gefahr hüten, nur noch für einen inneren Kreis Bedeutung zu haben oder im Dogma fundamentalistisch zu erstarren. Umgekehrt bleibt jedes christliche Handeln der Maßgabe des Evangeliums und der Tradition verpflichtet. Die Erneuerung wird auch Ämter und Macht neu denken müssen – und ebenso die Rolle von Frauen in der katholischen Kirche.

Man darf gespannt sein, wie es weiter geht, zumal Papst Franziskus auch den Weg der »großen Ökumene« sucht, sprich den Dialog mit den orthodoxen Kirchen. Mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus verbindet ihn eine lange Freundschaft. Im Februar 2016 kam es in Kuba zu einer ersten Begegnung mit dem russischen Patriarchen Kyrill, trotz der umstrittenen Rolle der russischen Orthodoxie bei der Legitimierung von Putins Politik.

Franziskus weiß selbst, dass sein Pontifikat nur einen Anfang setzen kann und dass dieser fragil ist. Marco Politi zitiert ihn mit den Worten: »Die einzige Sache, um die ich den Herrn bitte, ist, dass dieser Wandel, den ich mit meinem großen Opfer für die Kirche fortführe, Bestand habe. Dass er nicht wie ein Licht sei, das von einem auf den anderen Moment erlischt.«

Politik kann den Kurs der Öffnung für die Errungenschaften und Widersprüche der modernen Gesellschaften nur immer wieder mit dem Argument unterstützen, dass die Welt eine starke christliche Stimme für Humanität und Gerechtigkeit braucht und keine Kirche, die sich in Richtungskämpfen blockiert. Da ist es gut, dass Papst Franziskus 2016 den europäischen Karlspreis erhält.



Dagmar Mensink

ist katholische Theologin in Frankfurt/Main.

dmensink@t-online.de

Paul Petrowski

Was wirklich zählt

Für die neuen Aufgaben der Bundeswehr fehlt eine angemessene Doktrin

Kampftruppen nach Mali – so lautete verkürzt die Forderung des Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, nach den Terroranschlägen von Paris und Bamako. Die beiden von UN und EU mandatierten Stabilisierungs- und Ausbildungsmissionen müssten durch eine direkte Unterstützung der französischen Kampfteinheiten erweitert werden, um den wichtigsten europäischen Partner zu entlasten – trotz aller Bekundungen aus Politik und Gesellschaft, man lasse sich durch Terrorakte nicht

beeindrucken oder zu überstürzten Maßnahmen zwingen. Vor den Anschlägen wäre eine öffentliche Forderung, sich an dem offensiven Vorgehen der *armée française* gegen islamistische Rebellen und Terroristen zu beteiligen, mit einer umfassenden Absage aus allen politischen Lagern beantwortet worden. Plötzlich konnte sich nicht nur Ministerin von der Leyen für den Vorschlag erwärmen. Nur wenige Tage zuvor wurde vom Bundestag die Aufstockung des Kontingents für die sogenannte *Resolute Support Mission* in Afghanistan beschlossen, während deutsche Soldaten unter anderem nach wie vor am Horn von Afrika Piraten jagen, im Mittelmeer Flüchtlinge retten, (bisher erfolglos) Schlepperbanden bekämpfen und im Nordirak kurdische Paramilitärs ausbilden.

Im Laufe dieses Jahres wird die Mission MINUSMA (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali) auf bis zu 650 Soldaten aufgestockt, um Frankreichs Truppen direkt im Kampf gegen Aufständische zu unterstützen. Die Bundesregierung legte am Jahresende 2015 einen Kabinettsbeschluss nach dem anderen vor, sodass für eine fundierte parlamentarische Auseinandersetzung mit den Gegenständen, geschweige denn für gesellschaftliche Debatten, so gut wie keine Zeit blieb – die Große Koalition macht's möglich. Schließlich fiel auch die letzte gedankliche Barriere: Bis zu 1.200 deutsche Soldaten erhielten noch vor Weihnachten ihren Marschbefehl in Richtung Syrien.

Vertreter der Opposition protestierten vehement dagegen, die Entscheidung für den Einsatz im Bürgerkriegsland Syrien übereilt zu treffen. Es existiere keine Exit-Strategie, kein übergeordneter Plan für die Mission. Und in der Tat muss es erlaubt sein, die Frage zu stellen, warum über hochriskante Militärmissionen in Höchstgeschwindigkeit abgestimmt werden muss. Der syrische Konflikt, der aller Voraussicht nach – und das weiß auch das Bundesverteidigungs-

*Keine Exit-Strategie,
kein übergeordneter Plan*

ministerium (BMVg) – die Welt noch während der nächsten Jahre in Atem halten wird, kann durch das überstürzte Entsenden deutscher Truppen nicht verkürzt werden; zumal die geschulten Augen von Militärexperten das medienwirksame Abheben deutscher Tornado-Aufklärer in Richtung Syrien als PR-Veranstaltung enttarnten: Die Flugzeuge waren nicht einmal mit der für die beschlossene Mission notwendigen Aufklärungstechnik ausgestattet. Augenscheinlich kursiert sowohl in der militärischen Führung als auch im Ministerium von der Leyen die Überzeugung, man könne die effektivste und rücksichtsloseste Terrormiliz der Welt mit den Mitteln der Abschreckung bekämpfen. Kaum auszumalen, welchen Preis ein abgeschossener bzw. abgestürzter Pilot (immerhin sind die Tornados oft älter als ihre Piloten) in den Händen des IS für eine solche Symbolpolitik bezahlen müsste.

Angesichts der neuesten Entwicklungen werden Erinnerungen an den Beginn der ISAF-Mission und die Operation *Enduring Freedom* wach, deren erste deutsche Kontingente nicht einmal mit an die Umgebung angepassten Uniformen oder Stiefeln ausgestattet waren, geschweige denn mit gepanzerten Fahrzeugen oder angemessener Bewaffnung – die schwerwiegenden Folgen sind hinlänglich bekannt. Das durch den (seit Jahren vor allem durch seine zahlreichen Fehltritte und Pannen in Erscheinung getretenen) ehemaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière formulierte Konzept »Breite vor Tiefe« zeigt nun Wirkung und bedeutet doch nichts weiter als die Fähigkeit, mittelmäßig vorbereitete Soldaten mit unzureichender Ausrüstung in jede Art von Einsatz schicken zu können. Es wäre das vermutlich erste Mal in der Militärgeschichte, dass diese »Strategie« Erfolg verspräche.

Kann sich Deutschland diese neue Rolle leisten? Sind wir politisch, militärisch und gesellschaftlich in der Lage, die Konsequenzen zu tragen? Es fehlt eine zukunftsweisen-

de, weitsichtige Verteidigungsdoktrin, die politisch und militärisch Handlungssicherheit verschafft. Das für 2016 geplante Weißbuch der Bundesregierung muss die Frage beantworten, ob Deutschland in Zukunft überall auf der Welt Brandherde bekämpfen soll oder sich auf eine Vermittlerrolle innerhalb und zwischen den verschiedenen

Deutschland als Weltpolizist?

Bündnissen beschränkt. Nach Letzterem sieht es momentan jedoch nicht aus. Die multipolare Weltordnung befeuert Opportunismus und nationale Egoismen und beschränkt die Macht internationaler Organisationen und Bündnisse wie UN und NATO. Deren zusätzliche Schwächung durch Alleingänge hat auch Deutschland mit zu verantworten – spätestens nach dem Beschluss des völkerrechtlich mindestens zweifelhaften Syrien-Einsatzes. Damit entfällt ein fester Orientierungspunkt in der deutschen Sicherheitspolitik. Bis heute wird dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder über alle Parteien hinweg hoch angerechnet, das »Nein« zum völkerrechtswidrigen Irakkrieg durchgesetzt zu haben. Es ist keine Überraschung, dass das Kabinett unter Angela Merkel sich zu solch einer kantigen Entscheidung nicht durchringen konnte, immerhin ist die Kanzlerin in der Regel nicht gerade für ihre klare politische Linie bekannt. Stattdessen entschieden sich Bundesregierung und Parlament für die Teilnahme an einem Krieg ohne Fronten. Es drängt sich geradezu der Eindruck auf, dass angesichts der unübersichtlichen Lage in Syrien vor den Anstrengungen der Diplomatie kapituliert wurde und dass die Bundesregierung stattdessen auf die Hoffnung vertraut, es würde schon irgendwann alles ein Ende haben, vielleicht mithilfe deutscher Aufklärungsflüge noch etwas schneller.

Die immer schneller wechselnden Einsatzszenarien sind – wenn überhaupt – nur mit viel gutem Willen mit dem Bild zu vereinbaren, dass der Arbeitgeber Bundeswehr an seine potenziellen Bewerber/innen vermittelt. Der Auftritt der Truppe im Internet, auf Plakatwänden und nicht zuletzt im hippen Berliner Showroom (für knapp 15.000 Euro Miete im Monat) vermittelt, man suche verantwortungsvolle, pflichtbewusste junge Menschen, die eine sinnvolle Aufgabe bekämen, bei sicherem Verdienst und hervorragenden Karriereaussichten. Zugegeben – für den größten Teil der Truppe besteht die tägliche Beschäftigung aus Verwaltungstätigkeiten oder verschiedenen Lehrgängen, Ausbildertätigkeit und Übungen oder auch dem seemännischen

Traumberuf Soldat?

Dienst an Bord. Dennoch muss konstatiert werden, dass die erzielte Außenwirkung des Arbeitgebers Bundeswehr doch weit von der Berufs- bzw. Dienstrealität abweicht. Zum 60. Jubiläum der Streitkräfte wurde eine große Imagekampagne lanciert; an vielen Plakatwänden bundesweit konnte die Werbung für den Dienst an der Waffe bestaunt werden, mit Slogans wie »Mach, was wirklich zählt«. Aufwendig gestaltete Internetauftritte, spektakuläre Videos auf dem eigenen YouTube-Channel und hochauflösende Fotos von Soldaten in modernster Ausrüstung suggerieren den potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern einen außergewöhnlichen Beruf voller Abenteuer bei nahezu vollständiger persönlicher Sicherheit und ausgezeichneten Karrierechancen. Verwundung, Tod und Töten werden hier selbstverständlich nicht thematisiert. Solche Imagekampagnen waren im Zuge der Abschaffung der Wehrpflicht zu erwarten. In diesem Augenblick wurde die Bundeswehr zu einem Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, der sich möglichst attraktiv darstellen muss. Gleichwohl ist es legitim, diese Art der Werbung als problematisch zu bezeichnen, ist doch das Risiko, als Soldat/in verletzt, getötet oder zum Tötenden zu werden, deutlich höher als in anderen Berufen. Die potenziellen Staatsbürger/innen in Uniform müssen vor Beginn ihrer Dienstzeit rücksichtslos darüber aufgeklärt wer-

den, welche Einsatzfelder auf sie zukommen. Mit dem pauschalen Dienstest ist es nicht getan.

Ursula von der Leyen hat die schwierige Aufgabe, die Transformation der Bundeswehr zur Einsatzarmee abzurunden. Nicht nur einige zweifelhafte Rüstungsprojekte bewirken mitunter den Eindruck, als schieße sie dabei über das Ziel hinaus. Angetreten als eine Art »Mutter aller Kompanien«, die sich um die kleinen Sorgen der Soldaten kümmert (Familienfreundlichkeit, Teilzeitarbeit usw.), zeigte sich schnell, dass die Politikerin auf der anderen Seite nicht davor zurückschreckt, riskante Missionen zu fordern und durchzusetzen. Der Soldatenberuf hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Angesichts der heutigen volatilen Verteidigungspolitik kann die Illusion eines »krisensicheren Arbeitsplatzes Bundeswehr« kaum darüber hinwegtäuschen, dass ein dieser Tage in die Armee eintretender Mensch nicht weiß, wie sein Beruf in einigen Jahren aussehen wird. Unattraktiv wirkt der Soldatenberuf für viele junge Menschen trotzdem nicht. Romantische Vorstellungen von Kameradschaft gibt es auch heute noch, oftmals reicht auch der finanzielle Anreiz aus, um Rekrutinnen und Rekruten zu gewinnen. In welchem anderen Beruf können ungelernete Schulabgänger ab dem ersten Tag so viel verdienen, wie zivile Angestellte mit höherem Universitätsabschluss? Geld allein jedoch wird das Nachwuchsproblem der Streitkräfte nicht lösen.

Es fehlt eine beständige (legislaturübergreifende) Verteidigungsdoktrin, die weitestgehend unabhängig von tagespolitischen Launen und Populismus einen verlässlichen Orientierungspunkt für die Soldatinnen und Soldaten vorgibt. Darin sollte das realistisch zu erfüllende Aufgabenspektrum der Bundeswehr präzisiert werden, also weg von »Breite vor Tiefe« und hin zu »Tiefe vor Breite« und im Zweifel auch ein »Nein« zu Bündnispartnern ermöglicht werden, wenn ein Ziel militärisch nicht erreicht werden kann oder die politische und rechtliche Legitimierungsbasis nicht vorhanden ist. Deutschland darf sich nicht der Illusion hingeben, den Dienstposten des in Pension verabschiedeten Weltpolizisten USA übernehmen zu können.



Paul Petrowski

studiert Politikwissenschaft an der Universität Rostock.

paul.petrowski@uni-rostock.de